

kürzlich den größten Kredit ihrer Geschichte gewährt, und zwar eine Zusage von 2 Mrd. can.\$ an die Volksrepublik China zur Finanzierung kanadischer Lieferungen, in erster Linie Kraftwerke, Maschinen, Fahrzeuge, Bergbau- und Fernmeldegeräte. Bislang hatte Kanada vorwiegend Getreide an China geliefert (NZZ, 5.9.79).

Am 4. September hat das UN-Entwicklungsprogramm in Peking ein Büro eröffnet. Der erste Vertreter dieser Organisation wird der Amerikaner Nessim Shalom sein. Aus den Mitteln des Entwicklungsprogramms wird China 15 Mio.\$ erhalten. Das Geld ist für technische Hilfe bestimmt; konkret wurden folgende Aufgaben genannt: Informationen, medizinische Ausbildung, Wetterdienst, geologische Auswertung von Satellitenfotos, erdbebensichere Bauten und Bekämpfung von Meeresverschmutzung durch Erdöl.

Die Eröffnungsfeier der Luxemburger Filiale der Bank of China fand am 18. September statt. Die Bank of China in Luxemburg arbeitet seit Juni d.J. Sie ist die erste ausländische Filialeröffnung seit der Gründung der Volksrepublik China.

- ga -

#### (41) China richtet Freihandelszonen ein

Nach einer Xinhua-Meldung (XNA, 6.9.79) hat Peking beschlossen, im Stadtbezirk Shenzen bei Hongkong und im Stadtbezirk Zhuhai bei Macao "Sondergebiete" einzurichten, in denen sich ausländische Investoren an gemeinsamen Unternehmen beteiligen oder selbständige Unternehmen betreiben können. (Angeblich gibt es Ansätze für eine ähnliche Zone auch in Nordchina, und zwar im Bereich von Tianjin.)

Von der Einrichtung solcher Freihandelszonen berichtete der stellvertretende Ministerpräsident Gu Mu auf einer Pressekonferenz in Tokio. China werde in der Frage der Administration dieser Sondergebiete eine offenere Haltung zeigen als in anderen Teilen des Landes. Gu Mu meinte, China wolle sich zunächst auf diese beiden Gebiete konzentrieren und hier auch die nötigen Erfahrungen sammeln, ehe weitere Zonen ins Auge gefaßt würden.

Damit ordnet sich das Land einem Trend ein, der im gesamten Asien schon seit vielen Jahren zu beobachten ist. Freihandelszonen sind Einrichtungen, die in den siebziger Jahren in der Region immer beliebter geworden sind, da sie einerseits Arbeitsplätze für die tüchtige lokale Bevölkerung schaffen und zweitens Know-how ins Land bringen. Freihandelszonen werden damit auch zu Pflanzstätten für technologische Fertigkeiten. Die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) der UNO hatte bereits Ende der sechziger Jahre einen Modellentwurf für Freihandelszonen ausgearbeitet, der inzwischen in fast allen interessierten Ländern der Dritten Welt übernommen worden ist.

Vorreiter der "Free Export Zones" (manchmal auch "Export Processing Zones" genannt) waren Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur. Manche Betrachter gehen so weit, die Exportzonenwirtschaft als das eigentlich treibende Element für das Wirtschaftswunder Taiwans zu bezeichnen.

Der wirtschaftliche Aufschwung der vier Vorreiter war jedenfalls so überzeugend, daß die Freihandelszonen nunmehr wie Pilze aus der Erde schossen: 1979 gab es auf den Philippinen vier, in Malaysia acht, in Indonesien drei, in Thailand eine und - um hier auch noch die klassischen Freihandelsländer zu

erwähnen - in Singapur vierzehn, in Hongkong neun, in Taiwan drei und in Südkorea neun Freihandelszonen. Auch Indien (fünf), Pakistan (drei), Bangladesch (zwei) und Sri Lanka (eine Freihandelszone) schlossen sich an.

Nunmehr beginnt also auch die Volksrepublik, die bis zum Tode Maos Gemeinschaftsunternehmen mit Ausländern oder ausländische Investitionen in China überhaupt strikt abgelehnt hatte, solche Zonen zu entwickeln, und konzentriert sich hierbei natürlicherweise auf das Hongkong-nahe Gebiet.

- we -

## WIRTSCHAFT

### (42) Offizielle Statistiken zur Wirtschaftsentwicklung

#### Chinas wichtigste Industriegüter

	1949 <sup>(1)</sup>	1952 <sup>(2)</sup>	1978
Kohle (in t)	32.430.000	66.490.000	618.000.000
Rohöl (in t)	121.000	436.000	104.050.000
Elektrizität (in Mio.kWh)	4.310	7.260	256.550
Roheisen (in t)	252.000	1.929.000	34.790.000
Stahl (in t)	158.000	1.349.000	31.780.000
Holz (in m <sup>3</sup> )	5.670.000	11.200.000	51.620.000
Zement (in t)	660.000	2.860.000	65.240.000
Kunstdünger (in t)	6.000	39.000	8.693.000
Werkzeugmaschinen	1.600	13.700	183.200
Stromerzeugungsanlagen (in kW)	--	6.000	4.838.000
Kraftwagen	--	--	149.100
Traktoren	--	--	113.500
Fahrräder	14.000	80.000	8.540.000

(1) 1949 wurde China befreit.

(2) 1952, das Jahr vor Beginn des ersten Fünfjahresplans.

Quelle: Das Staatliche Statistische Amt der VRCh.

#### Chinas Verkehrs- und Transportwesen

	1949	1952	1978
Eisenbahn (in km)	22.000	24.500	50.400
Landstraße (in km)	80.700	126.700	890.200
Binnenschiffahrtswege (in km)	73.600	95.000	136.000

(Fortsetzung Tabelle:  
Chinas Verkehrs- und Transportwesen)

	1949	1952	1978
Zivilluftfahrts- wege (einschl. Überseelinien) (in km)	--	13.100	149.000
Frachtauf- kommen der Bahn (in Mio.tkm)	18.400	60.200	533.300
Frachtauf- kommen d. Schifftransp. (in Mio.tkm)	6.300	14.600	377.900

Quelle: Das Staatliche Statistische Amt der VRCh.

#### Chinas wichtigste Landwirtschaftsprodukte

	1949	1952	1978
Getreide (in Mio.t)	113,2	163,9	304,75
Baumwolle (in t)	445.000	1.304.000	2.167.000
Erdnüsse, Sesam u. Raps (in t)	2.328.000	3.729.000	4.568.000
Zuckerrohr u. -rüben (in t)	2.833.000	7.595.000	23.819.000
Jute und Ambarihanf (in t)	37.000	306.000	1.088.000
Seidenkokons (in t)	43.000	123.000	228.000
Tee (in t)	41.000	83.000	268.000
Schweine (Jahresende)	57.750.000	89.770.000	301.290.000
Schafe (Jahresende)	42.350.000	61.780.000	169.940.000
Wasserpro- dukte (in t)	450.000	1.670.000	4.660.000

Quelle: Das Staatliche Statistische Amt der VRCh.

#### (43) Leistungsprinzip gegen "eiserne Reisschüssel" Probleme bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit

Im Rahmen der Auseinandersetzung über Beschäftigungsprobleme in China hat kürzlich Liu Zizhen in der Beijing Ribao vom 18. September eine Lanze für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eigener Art gebrochen. Er schlägt die Überbesetzung von Arbeitsplätzen vor. Dabei soll die Arbeitszeit gesenkt werden. Z.B. wären Schichten von vier Stunden Arbeit und vier Stunden Studium und Erholung möglich. "Unter den gegenwärtigen Umständen unterstütze ich das System niedrigerer Bezahlung und mehr Beschäftigung, wobei fünf Leute die Arbeit von dreien leisten."

In der gleichen Zeitung hatte der bekannte

Ökonom Xue Muqiao, Berater der staatlichen Planungskommission und Leiter des dieser Kommission unterstehenden Wirtschaftsforschungsinstituts, genau das Gegenteil vorgeschlagen: Um die Arbeitsproduktivität zu steigern, "wird ein Großteil der vorhandenen Arbeitskräfte in unseren Betrieben freigesetzt werden" (Beijing Ribao, 18.7.79, zit. nach BRu, Nr.33, 21.8.79).

Zur Verdeutlichung des Ausmaßes der Probleme sollte man sich die Zahlenverhältnisse vor Augen führen: Zu Anfang des Jahres wurde eine Zahl von rund 20 Mio. Arbeitslosen in China genannt. Bezieht man diese Ziffer auf die Gesamtzahl der städtischen Arbeiter und Angestellten von 95 Mio., so sind das 21% Arbeitslose. Im Verhältnis zur gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, einschließlich der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (ca. 300 Mio.), zusammen also 395 Mio., gelangt man zu einer Arbeitslosenrate von 5,1%. Unberücksichtigt bleibt bei diesen Berechnungen die versteckte Arbeitslosigkeit durch Unterbeschäftigung. Vor allem auf dem Lande ist dieses Problem weiterhin gravierend. Dazu ein Beispiel: Während seines kürzlichen Besuchs auf dem Lande in Hunans Präfektur Xiangtan zählte ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Neues China drei bis fünf Leute, die einen Pflug durch Schlammfelder zogen. Sein erster Eindruck war: "Es herrscht Knappheit an Zugtieren." Er entdeckte jedoch, nachdem er unter den Massen Nachforschungen angestellt hatte, daß weder an Traktoren noch an Zugtieren Mangel herrschte. Aber warum mußten dann die Menschen den Pflug bei der Feldarbeit ziehen? "Der Grund ist, daß es einen allgemeinen Überfluß an Arbeitskraft auf dem Lande gibt und viele Leute keine Arbeit haben. Um das Problem der überflüssigen Arbeitskräfte zu lösen, ist es aus Zweckmäßigkeitsgründen ratsam für die Leute, diese Art von Arbeit zu verrichten." (XNA, chin., 2.6.79 nach SWB, 7.6.79)

Der Wirtschaftsplan für 1979 sieht vor, in diesem Jahr insgesamt 7,5 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen. 4,5 Mio. Jugendliche sind bis Ende August schon in eine neue Stelle vermittelt worden bzw. haben sich selbst eine Arbeit gesucht. Von diesen 4,5 Mio. sind 1,74 Mio. Jugendliche, die von zwangsweise durchgeführten Umsiedlungsmaßnahmen aufs Land zurück in die Städte gekommen sind.

Wohin der Hauptstrom der Beschäftigungssuchenden wandert, illustriert die Tatsache, daß drei Viertel der inzwischen mit Jobs versorgten Jugendlichen in kollektiveigene Betriebe gegangen sind, also nur ein Viertel in Staatsunternehmen untergekommen sind (XNA, 27.9.79).

Die beiden obengenannten Positionen der Arbeitsplatzbeschaffung umreißen die Spannweite der z.Zt. in China diskutierten Möglichkeiten, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Eine Gruppe von Reformökonomern, zu denen Xue zählt, schlägt die freie Wahl des Arbeitsplatzes vor: "Das System, daß allein die staatlichen Arbeitsämter den Jugendlichen Arbeit zuweisen, ist nicht länger tragbar. Wo möglich, sollte den Jugendlichen erlaubt werden, sich selbst zu organisieren und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Staat sollte solchen Jugendlichen Hilfe und Anleitung geben. Es gibt zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten. Die Frage ist nur, ob man erlaubt, sie aufzuspüren und zu realisieren."

Gerade Xue Muqiaos Beitrag verdeutlicht allerdings auch, daß eine von den anderen Wirtschaftspro-

blemen der Volksrepublik losgelöste Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit nicht weit führen kann.

1. Bis 1956 hatte man sich selbst einen Arbeitsplatz suchen können, ab dann übernahmen die staatlichen Arbeitsämter die Verteilung aller Arbeitsplätze. Parallel dazu wurden auch private Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe schrittweise verstaatlicht bzw. vergenossenschaftlicht. Im Ergebnis ging "das relativ breite Netz von Handwerksbetrieben, kleinen Händlern und Gewerbetreibenden und die bunte Palette des Warenangebots drastisch zurück" (Xue).

Nicht nur viele Produkte verschwanden vom Markt, sondern viele Arbeitsplätze wurden gleichfalls vernichtet.

Waren damals solche Kollektivbetriebe als "kapitalistische Löcher" verurteilt worden, sollen diese "Löcher" jetzt gerade wieder neu eröffnet werden. Es gibt deshalb z.Zt. in der Volksrepublik China eine breite Bewegung, die gruppeneigenen Unternehmen neu zu beleben und den Makel des "Kapitalismus" von ihnen zu nehmen (vgl. dazu C.a., Juli 1979, Ü 42 und C.a., August 1979, Ü 36).

"Kapitalistisch" war (und ist) an diesen Unternehmensformen, daß sie Eigentum der in ihnen arbeitenden Belegschaft sind, die selbst für Betriebsführung, Gewinne und Verluste verantwortlich sind. Die Arbeitnehmer dieser Unternehmen erhalten dementsprechend auch Löhne, die am Betriebsergebnis orientiert sind, also eine Gewinnbeteiligung. Für den Staatshaushalt sind diese Unternehmen vorteilhaft, weil der Staat keine Investitionen vornehmen muß. Die Kollektive stützen sich hierbei auf ihr eigenes Finanzierungspotential und nehmen gelegentlich Starthilfen ihrer Gemeinden in Anspruch. In ihrem Warenangebot schließen sie eine lange Zeit bedauerte Lücke des Staatsplans: kleine Waren des täglichen Bedarfs, vor allem aber Dienstleistungen. "Es gibt in der Stadt eine Unmenge von Arbeiten, für die ein großer Bedarf besteht. Das betrifft etwa den Güternahverkehr, Gepäckträger und Verkäufer in Bahnhöfen, Flughäfen und an Bushaltestellen. Wurden früher nicht lokale Spezialitäten auf den Bahnhöfen verkauft, wie Brathuhn in Soße in Dezhou (Shandong), gebratene Schweinerippchen in Wuxi (Jiangsu) usw.? In den letzten Jahren bekam man derartige Leckerbissen überhaupt nicht mehr zu Gesicht. Jetzt sind sie wieder da und wieder zu haben; allerdings noch viel zu selten... Der Mangel an Restaurants, Reparatur- und anderen Dienstleistungsbetrieben ist hinreichend bekannt. Das lange Schlangestehen, die Suche nach geeigneten Personen zur Ausführung von Reparaturen usw. kostet ungeheuer viel Zeit. Warum sollten wir die Eröffnung von Imbissständen, Schneiderwerkstätten oder Schreinereien nicht unterstützen?" (Xue).

In Peking gibt es z.B. seit neuestem das Gianmen-Teehaus. In rund einem Dutzend ehemaliger Erdbebenhütten auf den Bürgersteigen südlich des Gianmen-Tores und in einem festen Gebäude werden rund sechzig Angestellte beschäftigt, die den Ausschank von Tee und den Verkauf von kleinen Plätzchen betreiben. Betreut wird dieses kollektive Unternehmen, das von seinen Angestellten selbst ins Leben gerufen wurde, von einem Nachbarschaftskomitee, das ihm anfangs 4.000 Yuan Anschaffungskredit eingeräumt hat. Anfänglich betrug die Löhne täglich 1,20 Yuan, jetzt zahlen sich die Angestellten, die ja gleichzeitig Mitinhaber sind, täglich 1,50 Yuan aus. Geführt wird das kollektive Unternehmen durch ein fünfköpfiges Leitungsgremium. Darunter befindet

sich eine 26 Jahre alte Mittelschulabsolventin von 1969, die seither in einer Ziegelbrennerei in einer Heilongjianger Staatsfarm gearbeitet hatte und "aus Gesundheitsgründen" - kaltes Wetter in dieser nördlichen Provinz - dieses Jahr zurück nach Peking kam. Sie hatte im hohen Norden Gicht bekommen. Ein weiterer Leitungskader ist ein 26jähriger Schulabsolvent, der neun Jahre lang auf einer Staatsfarm in Heilongjiang als Kohlenbergmann gearbeitet hatte. Z.Zt. braucht der Betrieb keine Steuern an den Staat zu zahlen. Seine Einnahmen machten 6.000, 11.000 und 15.000 Yuan in den ersten drei Monaten aus. Aus diesem Fonds sind weitere Investitionen geplant (XNA, 23.9.79).

Ende 1978 waren gut 20 Mio. Arbeitnehmer in städtischen Kollektivbetrieben tätig. Von allen Unternehmen, die industrielle Waren für den Tagesbedarf herstellen, sind 56.800 in Gruppeneigentum. Deren jährlicher Bruttoproduktionswert macht 79% all dieser Unternehmen aus. Zusammen kommen diese staatlichen und kollektiveigenen Unternehmen für 10% vom industriellen Bruttoproduktionswert der gesamten chinesischen Industrieproduktion und für 53% der leichtindustriellen Produktion auf.

2. Bislang haben die staatlichen Betriebe keine Möglichkeiten, Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern selbst zu bestimmen. Ihnen werden Arbeitskräfte zugeteilt, ganz gleich, ob diese für die vorgesehenen Arbeiten qualifiziert sind oder nicht. Die staatlich festgelegten Lohnsummen dürfen ebenfalls nicht überschritten werden, so daß leistungssteigernde Lohnerhöhungen schwer zu bewerkstelligen sind. In diesen Fragen werden daher von vielen Ökonomen einschneidende Kompetenzerweiterungen der staatlichen Unternehmen verlangt. Sie befürworten eine Kostendämpfung und eine Steigerung der Produktion durch Entlassungen und Rationalisierungen.

Hinzu kommt, daß im Zuge der Planrevision Anfang dieses Jahres die "Investitionsfront begradigt" wird, so daß viele unrentable Unternehmen geschlossen werden.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die Möglichkeiten staatlicher Betriebe, zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, sehr begrenzt, es sei denn, und das ist die oben zitierte Position von Liu Zizhen, man gibt der sozialen Absicherung durch einen lebenslangen Arbeitsplatz, d.h. der "eisernen Reisschüssel", den Vorrang vor Produktivitätssteigerung.

Liu sagt: "Ich erhebe nicht den Vorwurf, daß er (Xue Muqiao) den kapitalistischen Weg befürwortet, aber die Frage, die er anschnitt, berührt gewiß den Sozialismus."

- ga -

#### (44) Belastungen für kollektiveigene Unternehmen

Die Kampagne zur Förderung kollektiveigener Unternehmen läßt die Frage aufkommen, worin denn die Diskriminierungen dieser Unternehmen gegenüber staatlichen Betrieben bisher bestanden haben. Ein Brief in der Liaoning Ribao vom 7. September berichtet von besonderen Belastungen für kollektiveigene Unternehmen: Die Unternehmen seien übermäßig besteuert worden. Neben der sowieso zu zahlenden Industrie- und Handelsgeschäftssteuer und der Einkommenssteuer, die an den Staat gingen, müßten sie an lokale Behörden 1,5-2% ihres Umsatzes als Beitrag zu einem Fonds für verschiedene Projekte und 1-1 1/2% für Verwaltungsgebühren bezahlen. 35-40%

ihres Gewinns nach Steuern müßten sie an die lokalen Behörden in einen allgemeinen Baufonds abführen. Auf diese Weise würden dem Unternehmen 80% des Einkommens abgenommen.

Außerdem würden benachbarte Dienststellen Kraftfahrzeuge dieser Unternehmen für ihre eigene Benutzung beschlagnahmen, obwohl die Unternehmen weiterhin Kraftstoff- und Straßengebühren zahlen müßten. Falls kollektiveigene Unternehmen weiterhin so behandelt würden, gingen sie sicherlich bankrott, so schließt dieser Leserbrief (SWB, 28.9.79).

In der Wiederbelebung kleiner privater und genossenschaftlicher Betriebe und Läden scheint die Haltung der chinesischen Führung in erster Linie funktional an die Frage heranzugehen. Z.B. gibt es in Schanghai seit jeher kleine "Bequemlichkeitsläden", die Dinge des täglichen Bedarfs verkaufen. Aufgrund staatlicher Beschränkungen stagnieren diese Läden und werden z.Zt. noch von ihren alten Eigentümern geführt. Zur Überwindung dieser strukturellen Schwäche wurde deshalb der Vorschlag laut, die Läden in genossenschaftliches Eigentum zu überführen. Dadurch könnten auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Gegenargumente ergaben sich, weil durch diese Kollektivierung ein Austrocknen dieser für die Warenversorgung der Bevölkerung notwendigen Läden befürchtet wurde. Sie sollten deshalb nicht angetastet werden.

Es gab aber keine Gegenargumente, die eine Kollektivierung deshalb für schädlich hielten, weil sie das Vertrauen in die Eigentumsordnung weiter untergraben könnten (XNA, 9.9.79).

- ga -

#### (45) **Aufschwung der Genossenschaftsbetriebe auf dem Lande**

Parallel mit einer prosperierenden Entwicklung von Landwirtschaft und Viehzucht, privatem Nebengewerbe und steigenden Umsätzen auf den freien Dorfmärkten verzeichnen auch die ländlichen kollektiveigenen Unternehmen einen Aufschwung. Wie die ebenfalls neubelebten städtischen kollektiveigenen Unternehmen sind sie Gruppeneigentum von ländlichen Kommunen oder Brigaden. Sie entsprechen in etwa einer genossenschaftlichen Organisationsform. Ihr Bruttoproduktionswert betrug 1978 49 Mrd. Yuan (1977 ca. 39 Mrd. Yuan, 1976 ca. 27 Mrd. Yuan).

Diese Unternehmen benutzen hauptsächlich örtliche Materialien und Arbeitskräfte. Es sind primär Unternehmen der Konsumgüter- und verarbeitenden Industrie des Bergbaus, des Verkehrs und des Bauwesens. Hinzu kommen Reparatur- und Handwerksbetriebe. Für die ländliche Wirtschaft sind sie ein sehr bedeutender Faktor:

1. Die von ihnen akkumulierten, für die Landwirtschaft aufgebrauchten Mittel betragen 1978 2,8 Mrd. Yuan. Das entspricht 60% der staatlichen Ausgaben für landwirtschaftliche Investitionen. Auch in diesem Jahr werden die landwirtschaftlichen Investitionsvorhaben trotz staatlicher Mittel dafür in Höhe von 7,8 Mrd. Yuan wesentlich von dieser eigenen Akkumulationskraft gespeist werden.
2. Von den rund 300 Mio. ländlichen Arbeitskräften (bei 800 Mio. Landbewohnern) arbeiten 28 Mio. Menschen in diesen Unternehmen. Sie stellen somit einen wesentlichen Erwerbszweig der chinesischen Agrarwirtschaft dar (RMRB, 10.9.79; BRU, Nr.39, 2.10.79).

Die kürzlich vom Staatsrat erlassenen "Vorschriften und Bestimmungen über die Entwicklung der kommune- und brigadeeigenen Betriebe" (zur versuchsweisen Anwendung) legen in 18 Punkten die Rahmenbedingungen dieser Unternehmen fest. Die Vorschriften fordern eine vorrangige Nutzung lokaler Ressourcen und bestimmen, daß die Unternehmen vorrangig der Landwirtschaft zu dienen hätten (RMRB, 9.9.79).

- ga -

#### (46) **"Reiche Brigaden müssen zuerst mechanisiert werden"**

Ein Kommentar des Rundfunks der Provinz Heilongjiang wirft die Frage auf, ob es gestattet sei, reichen landwirtschaftlichen Brigaden zu gestatten, zuerst mechanisiert zu werden. Die Frage wird mit einem klaren Ja beantwortet, weil diese Brigaden gute Bedingungen für ihre Mechanisierung haben und es sich lohnt, sie dabei zu unterstützen. Es gibt in der Provinz in den vier Grenzkreisen 42 reiche Brigaden, die (einschließlich der privaten Ersparnisse der Bauern) über soviel Geld verfügen, daß sie die Mechanisierung ganz ohne staatliche Hilfe erreichen können. Zweitens brauchen die reichen Brigaden nicht mehr so viele Landmaschinen, da sie schon viele Maschinen haben. Jede der reichen Brigaden braucht nur noch drei Traktoren und einen Mähdrescher mehr als jetzt. Da die gesamte Provinz ca. tausend reiche Brigaden hat, werden gut 3100 Traktoren und 1.000 Mähdrescher gebraucht. Gegenwärtig weist der Staat der Provinz jährlich 3.000 Traktoren und 1.000 Mähdrescher zu. Es ist deshalb möglich, diese Maschinen zuerst den reichen Brigaden zuzuteilen, um ihnen die Mechanisierung zu ermöglichen.

Hinzu kommt, daß die reichen Brigaden Sachkunde und Managementenerfahrungen in Fragen der Mechanisierung der Landwirtschaft haben. Auch können sie die durch die Mechanisierung freigesetzten Arbeitskräfte in anderen Bereichen einsetzen, da die genannten reichen Brigaden schon eine diversifizierte Landwirtschaft betreiben.

In der Vergangenheit wurden Landmaschinen immer gleichberechtigt verteilt. Reiche Brigaden konnten so keine Maschinen kaufen, selbst wenn sie über genügend Geld verfügten (SWB, 20.9.79).

Ähnliche Berichte gibt es auch aus anderen Landesteilen Chinas, z.B. aus den landwirtschaftlichen Gebieten in der Nähe großer Städte, aber auch aus der Provinz Sichuan.

Sie verdeutlichen eine Entwicklung in der Mechanisierung der chinesischen Landwirtschaft, die die Gleichverteilung vorhandener Ressourcen aufgegeben hat zugunsten einer gezielten Förderung wachstums-trächtiger, leistungsfähiger Agrareinheiten. In einer Gesamtdarstellung der neuen chinesischen Agrarpolitik im Juliheft von C.a. hatten wir dazu gesagt: Es geht in der chinesischen Landwirtschaft nicht um eine gleichmäßige Entwicklung, sondern darum,

1. die Versorgung der städtischen Bevölkerung und der Konsumgüterindustrie mit Agrarprodukten sicherzustellen. Dies können zur Zeit nur die überdurchschnittlich produktiven Anbauzentren leisten.
2. in den Schlüsselzentren die Mechanisierung so weit zu entwickeln, daß sie für die zurückbleibenden Gebiete eine Initiativfunktion ausüben könne.

In Kauf genommen wird ein Differenzierungsprozeß auf dem Lande, da sonst die genannten Ziele nicht

erreicht werden können. In Zukunft wird deshalb neben dem bestehenden Gegensatz von Stadt und Land in China auch die Differenzierung zwischen reichen und armen Agrarregionen und Kommunen eine stärkere Rolle spielen.

- ga -

#### (47) Ultralinkes Dazhai

Die von Mao Zedong selbst 1964 als Modell geschaffene landwirtschaftliche Brigade Dazhai, die seitdem als Vorbild der chinesischen Landwirtschaft propagiert wird, wird seit geraumer Zeit in der chinesischen Propaganda nicht mehr erwähnt, denn die mit dem nordwestlichen Bergdorf verbundenen agrarischen Ordnungsvorstellungen, die Abschaffung der bäuerlichen Privatparzellen und das Herabspielen individueller Leistungsanreize sowie der Übergang zur Brigade als grundlegender Rechnungseinheit passen nicht mehr zum neuen landwirtschaftlichen Kurs. Offiziell wird die Modellfunktion von Dazhai jetzt dahingehend interpretiert, daß ihr nurmehr im Arbeitseifer und in der Ergebenheit dem Kollektiv gegenüber die Funktion des Lehrbeispiels zukomme, aber nicht mehr das in Ansätzen verwirklichte ökonomische System für die Landwirtschaft (vgl. dazu "Der neue Kurs auf dem Lande", C.a., Juli 1979). Jetzt berichtet die chinesische Presse darüber, daß die privaten Parzellen der Bauern in Dazhai, die bislang kollektiv bearbeitet worden sind, nach der diesjährigen Ernte wieder an die Mitglieder der Kommune verteilt werden. Zudem wird die Vergabe von Arbeitspunkten nach der "Selbsteinschätzung und Diskussion mit den Massen" ebenfalls aufgegeben. Nun werden die Kommunebauern nach der von ihnen geleisteten Arbeit bezahlt. Ebenfalls scharf verurteilt wurde die Zerstörung zahlreicher alter Häuser, deren Eigentümer oft ohne Entschädigung vertrieben wurden und denen ein neues Heim zugewiesen wurde, für das sie Miete bezahlen mußten. Hinzu kommt, daß diese Häuser eng aneinandergelagert wurden und daß es keinen Platz für die Hühner- und Schweinezucht gab (RMRB, 3.10.79, zit. nach AFP).

- ga -

#### (48) Getreide oder Viehzucht an erster Stelle?

Ein lebhaftes Echo in der chinesischen Presse findet der Artikel Liu Zhenbans, der vorgeschlagen hatte, das Schwergewicht der chinesischen Landwirtschaft vom Getreideanbau auf die Viehzucht zu verlagern (vgl. dazu C.a., August 1979, Ü 38).

Viele der ausgewählten Zuschriften unterstützen diesen Vorschlag. Sie halten Fisch, Fleisch, Eier und Milch für Chinas Ernährung für wichtiger als Getreide. Besonders gehen sie ein auf die besseren Möglichkeiten bei Chinas begrenzter bebaubaren Fläche, Tier- und Fischzucht und Forstwirtschaft zu betreiben. Ein Schreiber berichtet von den Nachteilen der erzwungenen Getreideproduktion auf Hügeln der nahe Peking gelegenen Westberge.

In einem Brief wird die Ansicht geäußert, daß China aufgrund seiner Bevölkerung die Viehzucht nicht zum Hauptzweig seiner Landwirtschaft machen könne, sondern daß der Getreideanbau weiterhin diese Funktion übernehmen müsse. Die zukünftige Politik müsse in einer diversifizierten Landwirtschaft liegen, die den lokalen Bedingungen entspreche (RMRB, 2.9.79).

Der Bodenexperte Xi Chengfan befürwortet in

der Volkszeitung vom 4. September ein integriertes Wachstum von Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft. Vor allem betont er die sinnvolle Nutzung der großen Hügel- und Grasflächen Chinas, seines sandigen Ödlandes, der Sumpfbereiche und Seen. In den vergangenen Jahren sei die vegetative Düngemitteldecke in vielen Gebieten zerstört worden. Das Abholzen von Wäldern habe zur Versteppung geführt. Durch Urbarmachung großer Waldgebiete im Yangzi-Tal sei viel Schlamm in den Fluß gekommen. Deshalb tritt er für die Wiederherstellung eines ökologischen Gleichgewichts ein.

Viehzucht zur Hauptsache zu machen, das wäre wie Essen kochen ohne Reis, sagt ein Artikel in der Volkszeitung vom 20. September 1979, der sich dafür ausspricht, Getreideanbau als Grundlage der chinesischen Landwirtschaft zu begreifen. Ohne ausreichendes Getreide gäbe es z.B. auch nicht genug Futtermittel für die Viehzucht.

Diese Meinung scheint vorerst einen Schlußpunkt unter die Debatte zu setzen. Nicht nur von der Form her für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich, trug die Diskussion doch unterschiedliche Ansichten offen aus und scheint vorerst auch zu einem recht differenzierten Ergebnis gekommen zu sein: Nutzung aller natürlichen Potentiale des Landes für eine differenzierte landwirtschaftliche Entwicklung unter Einfluß der bislang stark vernachlässigten Viehzucht und nebegewerblichen Tätigkeiten - bei Beibehaltung von Getreide als Ernährungsgrundlage.

Ausgeklammert blieb eine Argumentation, daß man das Verhältnis der landwirtschaftlichen Anbaufrüchte und der Viehzucht durch differenzierte Marktpreise steuern müsse. So viel Spielraum läßt die staatliche Ankaufpolitik z.Zt. noch nicht, so weit ist man auf den chinesischen dörflichen Märkten noch nicht.

Z.Zt. kommt der Ackerbau in Chinas Landwirtschaft für 67,8% des landwirtschaftlichen Outputs auf, Viehzucht, Fisch- und Forstwirtschaft und Nebengewerbe für 32,2%.

China hat mehr als 200 Mio. ha Grasland und 73 Mio. ha gebirgisches Land, das aufgeforstet werden kann.

- ga -

#### (49) Prosperierende Dorfmärkte

Dreizehn ländliche "freie" Märkte gibt es im Peking Stadtgebiet, die auf insgesamt 1.500 Verkaufsständen täglich ca. achtzig landwirtschaftliche Erzeugnisse anbieten. Allein ihr Gemüseverkauf beträgt ca. 10% des staatlichen Gemüseangebots. In den fünf Monaten von März bis Juli wurden auf den Märkten 2 Mio. Yuan umgesetzt, was aber nur 0,133% des Peking Einzelhandelsumsatzes beträgt.

Die Preise liegen gewöhnlich über den staatlichen Angebotspreisen, sind aber in der letzten Zeit gefallen; z.B. hätten Eier im letzten Winter 1,60 Yuan pro Pfund gekostet, während sie jetzt bei 1,10 Yuan liegen. In den staatlichen Läden kosten sie 0,90 Yuan.

Der Begriff "freie" Märkte sei nicht zutreffend, da diese Märkte nicht "frei" seien. Sie würden unter strikter staatlicher Kontrolle auf festgelegten Plätzen betrieben; nur landwirtschaftliche Nebenprodukte dürften verkauft werden. Die Verkäufer hätten eine tägliche Standgebühr von 0,30-3,00 Yuan zu bezahlen. Die Benutzung von Bezugscoupons als Tauschmittel sei strikt verboten (XNA, 21.9.79). Z.Zt. gibt es in

ganz China 33.527 ländliche Märkte, fast soviel wie 1965 vor der Kulturrevolution. Nach einer Stichprobenuntersuchung auf 206 Märkten ergab sich in der 1. Jahreshälfte 1979 eine Umsatzsteigerung von 49% gegenüber 1978.

- ga -

#### (50) Rechte der Bauern weiterhin verletzt

Seit der 3. Plenartagung des XI. ZK vom Dezember 1978 ist die chinesische Führung bemüht, eine Reihe von Fehlern in ihrer Agrarpolitik auszuschalten. Den Bauern werden stabile staatliche Ankaufquoten versprochen, die Preise verschiedener Agrarprodukte werden angehoben, und die Übergriffe auf das Eigentum der Kommune und ihrer Untergliederung sollen aufhören (vgl. dazu "Der neue Kurs auf dem Lande", Abschnitt III, C.a., Juli 1979). Diese Politik ist in zwei Dokumenten festgelegt, nämlich dem "Beschuß des ZK über einige Fragen zur Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung" (Entwurf) und der "Arbeitsverordnung für landwirtschaftliche Volkskommunen" (Versuchsentwurf). Das letzte Dokument, normalerweise 60-Punkte-Programm genannt, ist inzwischen von der 4. Plenartagung des ZK, die am Vorabend des 30. Gründungstages der Volksrepublik zusammentrat, (mit einigen Veränderungen) in ihrem Gehalt verabschiedet worden.

Dennoch: Dies sind Beschlüsse der Zentrale, die sich erst einmal auf dem chinesischen Dorf durchsetzen müssen. So zählt die chinesische Presse zur Zeit nach Ende der Sommerernte einige Verstöße auf, die die gegenwärtigen Probleme gut beleuchten:

#### 1. Übermäßige Getreideankäufe:

In einem Kreis der Provinz Hubei war das Getreideankaufziel, basierend auf der Fünfjahresquote der Jahre 1971-75, auf 79.000 t Reis festgelegt worden. Nachdem eine gute Ernte eingebracht worden war, die Bauern sogar ihre Ablieferungsquoten (zu entsprechend höheren Preisen) übererfüllt hatten, hoben die verantwortlichen Abteilungen die Pflichtquote auf 100.000 t an.

Eine Kommune in der Provinz Guangxi hatte ihre jährlichen Verkaufsverpflichtungen einer Anbausaison erfüllt. Die entsprechende übergeordnete Instanz verpflichtete die Kommune dann aber plötzlich, doppelt soviel abzuliefern. Nichterfüllung würde bestraft werden.

#### 2. Willkürliche Unterbezahlung und Herabstufung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen:

Nach einer Untersuchung kaufte ein Kreis von den Bauern 124 Schweine, wovon 21 Stück den Preis für erste Qualität, 81 für zweite und die restlichen 22 Schweine den Preis für dritte Qualität erzielten. Als die gleichen Tiere exportiert wurden, wurden allein 47 Schweine als erste Qualität verkauft. Solche Fälle seien auch in anderen Gebieten häufig vorgekommen. Auch andere Agrarerzeugnisse seien willkürlich qualitätsmäßig schlechter eingestuft worden.

3. Es werden steigende inflationierte Verkaufspreise industrieller Produkte angegriffen. Einzelne Handelsabteilungen wollen auf diese Weise leicht ihre Gewinne steigern.

4. Leitende Kader, die große prestigeträchtige Projekte durchführen wollen, verletzen die Entscheidungsrechte der Produktionsgruppen, und zwar dadurch, daß sie die Bauern gegen ihren Willen und zum Schaden ihrer anderen Verpflichtungen zu solchen Projekten dienstverpflichten, ohne sie dafür zu ent-

schädigen. (RMRB, 23.9.79, zit. nach SWB, 27.9.79)

- ga -

#### (51) Wohnungsnot in den Städten

In Chinas Städten herrscht Wohnungsnot. Ende 1978 betrug die durchschnittliche städtische Wohnfläche - nach Erhebungen in 192 Städten der Volksrepublik - nur 3,6 qm pro Person. Der Grund für diese gravierende Unterversorgung mit Wohnraum besteht darin, daß der private Wohnungsbau gegenüber dem Aufbau einer Industrie zu wenig beachtet wurde. Zudem wuchs die städtische Bevölkerung von 30 Mio. 1949 auf 110 Mio. zum jetzigen Zeitpunkt an. Um dieser Mangelsituation abzuwehren, rangiert der Wohnungsbau weit oben in der Prioritätenskala der chinesischen Planer. 1977 wurden 28 Mio.qm Wohnfläche gebaut, 1978 34 Mio.qm. Dieses Jahr hat die Regierung 3 Mrd. Yuan für den städtischen Wohnungsbau bereitgestellt. In diesem Jahr sollen allein in Peking 1,9 Mio.qm Wohnfläche gebaut werden, im letzten Jahr wurden in Schanghai und Tianjin jeweils über 1 Mio.qm errichtet.

Neben der quantitativen Vernachlässigung ist die Qualität der gebauten Wohnungen seit längerer Zeit Ziel chinesischer Kritik. Die Anarchie im Bauwesen und in der Städteplanung wird stark angegriffen (vgl. dazu C.a. 7/79, Ü 46).

Inzwischen ist es wieder erlaubt, daß in den Städten privat oder in einzelnen Unternehmen Häuser individuell gebaut werden. Die Stadt Fuzhou in Ostchina hatte vor einigen Jahren zuerst das Verbot des privaten Wohnungsbaus aufgehoben. Bislang war es den Bauern gestattet, auf dem Land ihre Wohnhäuser selbst zu bauen. Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken durften das ebenfalls, aber in den Städten war der individuelle Wohnungsbau bis jetzt verboten. Da der Staat das Problem der ausreichenden Versorgung mit Wohnraum nicht allein bewältigen konnte, hob er dieses Verbot jetzt auf. In Zukunft wird es auch möglich sein, Appartements zum "Baukostenpreis" zu kaufen. Beim Wohnungsbau soll die Fertigbauweise gefördert werden und ausländisches Wohnbaumaterial eingeführt werden (XNA, 17.9.79).

- ga -

#### (52) Berufsanfängerprüfungen

Fast 70.000 Jugendliche legten in Peking die Herbstaufnahmepfungen ab, die seit neuestem nötig sind, um einen Arbeitsplatz in der städtischen Industrie zu erhalten. Von ihnen bestanden 46.000. Die Prüfungen wurden in den Fächern chinesische Sprache und Mathematik abgehalten. Diejenigen, die sich für Arbeit mit besonderen Qualifikationsanforderungen angemeldet hatten, wie z.B. Fahrer, Elektriker, Schreiner usw., mußten zudem noch Sonderprüfungen ablegen.

Die meisten der Bewerber waren Absolventen der oberen und unteren Stufen der Mittelschule. Vor dem Jahre 1977 waren sie altersmäßig zwischen 16 und 35 Jahren. Sie setzten sich aus Jugendlichen zusammen, die von ihrem (oft unfreiwilligen) Aufenthalt auf dem Lande in die Stadt zurückgekehrt waren. Einige waren in der Stadt geblieben und hatten dort auf eine Anstellung gewartet, andere waren Kinder rehabilitierter und nach Peking zurückgekehrter Eltern (XNA, 8.9.79).

Seit April haben sich in Peking 88.000 Schulabsolventen in Produktions- und Service-Kooperativen

zusammengetan. Ihre Tätigkeiten umfassen Stricken, die Installation von Neonlichtern, Fotografieren, Haarschneiden, das Betreiben von Kantinen, den Verkauf kalter Getränke. Sie arbeiten in den Bereichen Kunstgewerbe, Möbel- und Hausreparaturen, Klempnereien und Hygiene (XNA, 9.9.79).

- ga -

#### (53) **Energiesparen - auch in China**

Einen neuen Appell, sparsam mit Energie umzugehen, richtete Chinas Vizepremier Kang an chinesische Unternehmen. Er stellte u.a. heraus, daß die Nutzungsrate von Brennstoff im ganzen Land nur 28% betrage, in entwickelten Industrieländern jedoch bei 50% und darüber liege. Chinas Industriebetriebe würden jährlich eine Energiemenge in die Luft ablassen, die einer Energieproduktion von 50 Mio.t Kohle gleichkomme. Nur 8% davon würden wiederverwendet. Von Chinas Erdölproduktion von gut 100 Mio.t im Jahre 1978 würden 30 Mio.t als Brennstoff verwendet, ohne die sonstigen in Öl enthaltenen Rohstoffe zu nutzen. Zusätzlich wies er die Unternehmen an, ihren Energieverbrauch vom Öl weg mehr auf Kohle umzustellen (XNA, 5.9.79). In den ersten sieben Monaten d.J. wurden 1 Mio.t Öl durch das Ersetzen durch Kohle gespart, 900.000 t durch eine rationellere Nutzung dieses kostbaren Rohstoffs. 75% des Ölverbrauchs in China werden immer noch verwendet, um Heizkessel zu betreiben. Chinas gesamte Energieerzeugungskapazität wird z.Zt. mit über 50 Mio.kW angegeben. Das sei das 30fache der Kapazität von 1952. Die Energieerzeugung (in Höhe von mehr als 250 Mrd.kWh) lag 36mal höher als 1952.

Mehr als vierzig mittlere und große Wasser- und Wärmekraftwerke werden z.Zt. in China gebaut. Das größte ist das Gezhouba-Kraftwerk am Mittellauf des Yangzi, das bei Fertigstellung eine Kapazität von 2,7 Mio.kW haben soll. Eine Anlage von knapp 1 Mio.kW ist zu zwei Dritteln fertiggestellt.

Am Oberlauf des Gelben Flusses bei Longyang wird bald ein Staudamm für ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von 1,5 Mio.kW gebaut werden. Im Datong-Bergbauggebiet in der Provinz Shanxi, z.Zt. Chinas größtes, wird ein neues Dampfkraftzentrum gebaut. Es wird das Datong-Kraftwerk Nr. 2 mit einer Kapazität von 1,2 Mio.kW. Ein anderes Kraftwerk wird um 400.000 kW erweitert (XNA, 7.9.79).

- ga -

#### (54) **Baugesellschaft von "Exkapitalisten"**

Wie bereits in CHINA aktuell vom August 1979 (Ü 39) gemeldet, haben rund 600 rehabilitierte Schanghai-er ehemalige Geschäftsleute ihre kürzlich erhaltenen Entschädigungszahlungen für konfisziertes Eigentum in ein neues Unternehmen eingebracht. Mit zusammen ca. 24 Mio.US\$ gründeten sie die Patriotische Schanghai-er Baugesellschaft.

Das Unternehmen wird allerdings seinem Charakter nach als sozialistisch definiert mit der einzigen Aufgabe, den Vier Modernisierungen zu dienen und nicht auf Profit aus zu sein. Die Rendite auf das eingebrachte Kapital soll sich nach der Verzinsung längerfristiger Termineinlagen bei der chinesischen Volksbank richten, z.Zt. also ca. 5% p.a. Der Gewinn nach Steuern soll im Unternehmen verbleiben.

Das Unternehmen wird sich dem Bau großer Wohn- und Geschäftskomplexe, vornehmlich in Hongkong und Macao, widmen. Der Grund ist, damit

Devisen zu verdienen (Wen Hui Bao, 7.8.79, nach SWB, 18.9.79).

- ga -

#### (55) **"Wörterbuch der politischen Ökonomie" und Halbmonatsschrift "Markt" erscheinen**

Der erste Band eines auf drei Bände angelegten "Wörterbuchs der politischen Ökonomie" soll im Oktober in Peking erscheinen. Herausgeber des Wörterbuchs ist Xu Dixien, Direktor des Ökonomischen Instituts bei der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Das Wörterbuch soll unter 2.000 Stichwörtern wirtschaftswissenschaftliche Kategorien behandeln, die für die chinesische Wirtschaft wichtig sind. Ausländische Praktiken werden auch berücksichtigt (XNA, 4.9.79).

Am 1. Oktober erscheint eine neue Zeitschrift unter dem Titel "Markt", die sich auf Wirtschaftsnachrichten spezialisiert. Diese neue 14tägig erscheinende Zeitschrift wird von der Redaktion der Volkszeitung herausgegeben. Sie soll als ein Vermittler zwischen Produzenten und Verbrauchern eingesetzt werden. Sie wird den Produkten aus kleinen und großen Fabriken viel Raum widmen und über die Lage der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Viehzucht berichten. Ebenfalls werden die wirtschaftliche Lage in Taiwan, in Hongkong und Macao und im Ausland behandelt.

Neue Konsumgüter werden erklärt. Eine besondere Spalte enthält Wirtschafts- und Marktstudien; eine weitere Rubrik berichtet über Wirtschaftsgesetze und -verordnungen. Zudem wird es viel Raum für Werbung aus Industrie und Handel geben (RMRB, 23.9.79).

- ga -

### TAIWAN

#### (56) **Staatsbesuch in Saudi-Arabien**

Ministerpräsident Sun Yunxuan (Sun Yun-suan) hat Saudi-Arabien vom 15. bis zum 18. September einen Staatsbesuch abgestattet. Er wurde von Außenminister Jiang Yanshi (Tsiang Yien-si), Wirtschaftsminister Zhang Guangshi (Chang Kwang-shih), Generalstabschef Song Changzhi (Soong Chang-chih) u.a. begleitet. Während des Besuchs wurde die Ausweitung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten vereinbart. Zur Zeit halten sich rund 7.000 taiwanische Techniker einschließlich ihrer Familienangehörigen in Saudi-Arabien auf. Die technische Hilfe Taiwans für Saudi-Arabien konzentriert sich hauptsächlich auf die Entwicklung der Infrastruktur und die Landwirtschaft. Ein neuer Vertrag über gemeinsame Investitionen zum Bau einer Kunstdüngerfabrik mit einer jährlichen Produktionskapazität von 150.000 t wird im Dezember unterzeichnet werden. Ferner will Taiwan für Saudi-Arabien den Wartungs- und Reparaturdienst bei Waffen und Rüstungen leisten und ihm bei der militärischen Ausbildung helfen. Saudi-Arabien sagte Taiwan weitere Kredite für seine staatliche Öl- und Elektrizitätsgesellschaft zu. Auch eine Botschaft in Taiwan wird die königliche Regierung Saudi-Arabiens bald errichten. Die Öllieferungen an Taiwan sollen ab Januar 1980 auf 20.000-30.000 Barrel erhöht werden.